

Europäische Antikriegsproteste gewinnen an Stärke, während der Stellvertreterkrieg der NATO in der Ukraine eskaliert

***Die Europäer gehen in einer noch nie dagewesenen Zahl auf die Straße, um gegen den Stellvertreterkrieg der NATO in der Ukraine und ihren eigenen sinkenden Lebensstandard zu protestieren. Grayzone hat seit dem Ausbruch des Krieges in mehreren Ländern über die Demonstrationen berichtet und die Anführer der Proteste interviewt.***

Stavroula Pabst und Max Blumenthal

Am 21. Februar füllten mehrere Tausend Griechen die Straßen Athens, um die NATO und die USA zu verurteilen. Anlass war der Besuch von Antony Blinken in Griechenland, bei dem der US-Außenminister das Mittelmeerland dafür lobte, dass es zu den ersten europäischen Ländern gehört, die die Ukraine unterstützen und damit den Weg für die „Unterstützung der Demokratie“ ebnen.

Es war nur eine von vielen Protestaktionen auf dem ganzen Kontinent, während sich der NATO-Vertreterkonflikt in der Ukraine seinem ersten Jahrestag nähert. Die europäischen Bürger sind zunehmend beunruhigt, da ihre Staats- und Regierungschefs den Krieg offenbar um mindestens ein weiteres Jahr verlängern wollen: Sie haben mehrere Runden von Sanktionen gegen Russland beschlossen, der Ukraine Milliarden von Euro [zur Verfügung gestellt](#) und sich bereit erklärt, Tausende ukrainischer Soldaten [auszubilden](#).

Solche Maßnahmen haben den Lebensstandard der Durchschnittseuropäer verschlechtert. Obwohl der Kontinent dank erfolgreicher Bemühungen um Energiealternativen und ungewöhnlich warmem Wetter einen weithin gefürchteten Energiekollaps vermieden hat, hatten sich die europäischen Regierungen [in diesem Winter](#) bereits auf mögliche Stromausfälle und mobile Blackouts aufgrund der Abschaltung der russischen Energieversorgung vorbereitet.

In dem Maße, wie der Krieg eskaliert, nehmen auch die Protestaktionen in den Kernländern der NATO zu, von Griechenland über Großbritannien und die Tschechische Republik bis hin zu Frankreich und Spanien. Die jüngste Welle von Demonstrationen knüpft an die große Zahl von Kriegsgegnern an, die während des Winters in Städten von Chişinău über Paris und Brüssel bis nach Tirana und Wien demonstriert haben.

In Deutschland, wo Außenministerin Annalena Baerbock angesichts von Berichten, dass das US-Militär die NordStream-Pipeline, die das Land mit der russischen Gasversorgung verbindet, zerstört hat, erklärt hat, dass „wir uns im Krieg mit Russland befinden“, nehmen die Demonstrationen gegen den Stellvertreterkrieg der NATO ebenfalls zu. [A.d.Ü.: Was schon zum „falschen Frieden“ umgeframed wird.]

Die zunehmende Flut der Proteste auf dem gesamten Kontinent scheint die europäischen Staats- und Regierungschefs [aufgerüttelt zu haben](#) und führte zu polizeilichen Repressionen, demago-

gischen Denunziationen und sogar zur strafrechtlichen Verfolgung von Anführern der Proteste, weil sie die militärische Unterstützung ihrer Regierungen für die Ukraine öffentlich kritisiert hatten.

Im Gegensatz zu den westlichen Mainstream-Medien, die die Proteste mit Verachtung behandeln, wenn sie sie nicht sogar ganz ignorieren, war *Grayzone* bei mehreren Protesten zugegen und interviewte die Arbeiter- und Antikriegs-Aktivisten, die ihre Mitbürger gegen den Stellvertreterkrieg der NATO mobilisiert haben.

### **In Europa wächst der Widerstand der Bevölkerung, während die führenden Politiker vor Washington kriechen**

Kurz vor dem 24. Februar 2023, dem Jahrestag des russischen Einmarsches in die Ukraine, ärgerte sich eine wachsende Zahl deutscher Bürger über die unterwürfige Haltung ihrer Regierung gegenüber Washington. Bundeskanzler Olaf Scholz war nicht nur den Forderungen der USA nachgekommen, Leopard-Panzer an das ukrainische Militär zu liefern, was die erste Konfrontation zwischen deutschen und russischen Panzern seit dem Zweiten Weltkrieg bedeuten könnte, sondern schien auch keinerlei Interesse daran zu haben, herauszufinden, wer für die Zerstörung der NordStream-Pipelines verantwortlich ist.

Ein von Sahra Wagenknecht von der Partei Die Linke und der feministischen Schriftstellerin Alice Schwarzer verfasstes [Antikriegs-Manifest](#) hat der deutschen Empörung über die militärische Unterstützung der Ukraine durch ihre Regierung Ausdruck verliehen. Der offene Brief, in dem Scholz aufgefordert wird, „die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen“ und „ein starkes Bündnis für Verhandlungen zu führen“, hatte zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bereits über 700.000 Unterschriften gesammelt.

Am 25. Februar riefen Wagenknecht und Schwarzer die Unterstützer des Manifests zu einer Kundgebung im Zentrum Berlins auf. Mehr als 15.000 Demonstranten – und möglicherweise noch viel mehr – folgten ihrem Aufruf und strömten zum Brandenburger Tor, um die Reden der beiden Autorinnen und Redner wie Jeffrey Sachs und den ehemaligen deutschen Brigadegeneral Eric Vad zu hören.

Wagenknecht stellte die Lieferung deutscher Panzer an die Ukraine den Gespenstern der Vergangenheit des Landes gegenüber und erklärte: „Wir wollen nicht, dass deutsche Panzer auf die Urenkel russischer Frauen und Männer schießen. Das ist völlige Geschichtsvergessenheit! Habt ihr die deutsche Geschichte vergessen?“

Während die Teilnehmer der Berliner Kundgebung die ostdeutsche Hymne „Ami Go Home!“ schmetterten und die Angehörigen der US-Armee aufforderten, deutschen Boden zu verlassen, umzingelten Hunderte von Demonstranten den US-Militärstützpunkt Ramstein, der als Hauptquartier für die Aktivitäten der Luftstreitkräfte in Europa und Afrika dient. Dort forderten sie ihre Regierung auf, ihre Beteiligung an der von den USA geführten Koalition gegen Russland zu beenden.

Aktivisten demonstrieren in der Nähe des Luftwaffenstützpunkts Ramstein in Deutschland, dem Hauptquartier der United States Air Forces in Europe - Air Forces Africa sowie des NATO Allied Air Command. Sie protestieren gegen weitere Waffenlieferungen an die Ukraine und fordern Friedensgespräche. Mats Nilsson [February 26, 2023](#)

Ebenfalls am 25. Februar veranstaltete die britische „Stop The War Coalition“ in London eine Demonstration gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und die Eskalation des Stellvertreterkriegs der NATO. Am selben Tag wurde in London eine von den ehemaligen Abgeordneten George Galloway und Chris Williamson organisierte Konferenz [No 2 NATO, No 2 War](#) eröffnet, die trotz Einschüchterungskampagnen, die zwei Veranstaltungsorte veranlassten, die Veranstaltung abzusagen, gut besucht war.

Eskalation ist keine Lösung. Friedensverhandlungen jetzt! [pic.twitter.com/iWJJC2alfh](https://pic.twitter.com/iWJJC2alfh)

Die Londoner Kundgebungen wurden durch große Proteste gegen den Stellvertreterkrieg der NATO in Paris und Brüssel ergänzt, wo Tausende vor dem EU-Parlament aufmarschierten und sofortige Verhandlungen mit Russland forderten.

Waffenstillstand jetzt! Friedensgespräche unterstützen! Keine nukleare Eskalation!  
NATO-Erweiterung stoppen! Frieden verhandeln!

Tausende auf den Straßen von Brüssel forderten gestern Deeskalation und Friedensgespräche.

Die europäische Friedensbewegung lässt sich nicht zum Schweigen bringen.  
[pic.twitter.com/2dPBMjDf0E](https://pic.twitter.com/2dPBMjDf0E) Clare Daly (@ClareDalyMEP) [February 27, 2023](#)

Die Kundgebung am 25. Februar in Paris wurde von einer Gruppe namens „Die Patrioten“ einberufen, die den sofortigen Rücktritt des französischen Präsidenten Emmanuel Macron fordert.

Neue Demonstration gegen die Subventionierung des Krieges in der Ukraine und den Austritt Frankreichs aus der NATO. Die Medien ignorieren uns weiterhin, aber der Widerstand in Frankreich wächst .

Tausende Menschen in Paris am 26.02.23  
[@ LesPatriotes @f\\_philippot ! #1an pic.twitter.com/3XKhijHoRc](#)

### **Jüngste Proteste bauen auf monatelangen Antikriegs-Aktivitäten in ganz Europa auf**

Die jüngste Welle von Demonstrationen folgt auf die Proteste in [Italien](#), wo im November 2022 Zehntausende gegen die [Entscheidung](#) von Premierministerin Giorgia Meloni demonstrierten, Waffen in die Ukraine zu schicken, und in einer Demonstration zivilen Ungehorsams ihre Stromrechnungen verbrannten.

Eine im Februar dieses Jahres durchgeführte [Umfrage](#) unter Italienern zeigt, dass die Mehrheit der Bürger des Landes Waffenlieferungen an die Ukraine ablehnt und sich für eine sofortige Verhandlungslösung ausspricht.

In Leipzig, Deutschland, haben die [Massenproteste](#) gegen die explodierenden Lebensmittel- und Energiepreise seit letztem Herbst [zugenommen](#). Wie in Berlin, wo Wagenknecht offen erklärte, dass jeder unabhängig von seiner politischen Überzeugung willkommen sei, stellten diese Demonstrationen eine Demonstration der Einheit gegen den Krieg zwischen der linken Partei Die Linke und der rechtsnationalen Alternative für Deutschland (AfD) dar. [„Querfront“!]

Die Proteste in Leipzig wurden als Wiederbelebung der [Montagsdemonstrationen](#) dargestellt, die in den späten 1980er Jahren in der Stadt stattfanden und bei denen die Öffentlichkeit gegen die schwächelnde DDR demonstrierte. Dieses Mal ist das Ziel der Proteste jedoch ein zentristisches, neoliberales Regime, das auf einen Konflikt mit Russland aus ist.

### **Tschechische Demonstranten lehnen es ab, als „Subunternehmer des ausländischen Kapitals“ zu dienen**

In der Tschechischen Republik [versammelten](#) sich Anfang September etwa 70.000 Menschen in Prag zu einer Demonstration unter dem Motto "Tschechien zuerst". Sie [forderten](#) den Rücktritt der Koalitionsregierung des tschechischen Ministerpräsidenten Petr Fiala wegen ihrer prowestlichen und pro-NATO-Politik.

Der Mitte-Rechts-Premierminister Petr Fiala reagierte, indem er die Demonstrationen als prorussisch, „extrem“ und „gegen die Interessen der Tschechischen Republik“ [bezeichnete](#).

Die tschechischen Demonstranten ließen sich von Fialas Äußerungen kaum beirren und kehrten Ende September und im Oktober auf die Straße zurück, wo sie weiterhin kleinere Veranstaltungen im ganzen Land organisierten. Die Anti-EU- und Anti-NATO-Proteste kanalisieren die Stimmung, die am besten durch ein Transparent mit dem Titel „[Das Beste für die Ukrainer und zwei Pullover für uns](#)“ zusammengefasst wurde.

Um die Demonstrationen der Ersten Tschechischen Republik besser zu verstehen, sprach *Grayzone* mit Josef Skála von der Kommunistischen Partei von Böhmen und Mähren (Komunistická strana Čech a Moravy, oder KSČM). Skála, ein prominenter Unterstützer der Ersten Tschechischen Republik, kandidierte letztes Jahr für das Amt des Präsidenten der Tschechischen Republik, zog seine Kandidatur jedoch im November zurück, nachdem er nicht genügend Unterschriften für die Wahl gesammelt hatte.

Skála betonte die Einzigartigkeit der „Czech Republic First“-Proteste. Obwohl die Teilnehmer das gesamte politische Spektrum abdeckten, einte sie ihre Frustration über die schwächelnde Wirtschaft des Landes und die Weigerung der Regierung, den Widerstand der Bevölkerung gegen den Stellvertreterkrieg in der Ukraine zu berücksichtigen. „Wir haben in der Tschechischen Republik eine Regierung, die total pro-amerikanisch, pro-EU, pro-Brüssel und so weiter ist“, beklagte er sich gegenüber *Grayzone*. „Sie kümmern sich nicht um unsere nationalen Interessen.“

Skála erklärte, dass die Untätigkeit in Bezug auf die hohen Preise eine „absolut beispiellose Ära in der tschechischen Geschichte einläutet, die zur Zerstörung des Lebensstandards der Menschen und zur Zerstörung der meisten Sektoren unserer Wirtschaft führt.“

„Und nein, die Regierung unternimmt nichts gegen diese Probleme. Die Regierung unterstützt eine solch dramatische Politik. Wir sind Subunternehmer des ausländischen Kapitals.“

Skálas Äußerungen werfen ein Schlaglicht auf ein Problem, das sich hinter dem Stellvertreterkrieg abzeichnet: Während sich die heutigen europäischen Protestforderungen auf die aktuelle Energiekrise konzentrieren, sind viele Demonstranten wütend über die Bereitschaft ihrer Regierungen, dem EU-Diktat Vorrang vor dem nationalen Interesse einzuräumen.

Während die Proteste weitergehen, hofft Skála, dass er mehr Linke zu den Demonstrationen bringen kann, indem er die Bedrohung der Wirtschaft und des menschlichen Überlebens durch den Stellvertreterkrieg in der Ukraine hervorhebt. „Die Gefahr eines Krieges steht unmittelbar bevor“, erklärte er gegenüber *Grayzone*. „Und was dringend fehlt, ist eine gut organisierte Antikriegs- Friedensbewegung.“

### Griechenlands Sicht: „Die Amerikaner sind die Mörder des Volkes“

Während sich die konservative Mitsotakis-Regierung verbiegt, um Washington zu gefallen, kämpfen die griechischen Durchschnittsbürger mit unvorstellbar hohen Lebenshaltungskosten und Energierechnungen. Die Demonstranten, mit denen ich im Februar in Athen sprach, brachten reflexartig die Unterstützung ihrer Regierung für den Stellvertreterkrieg der NATO mit ihren eigenen sich verschlechternden Lebensbedingungen in Verbindung. Ihre Wut ist in einem Land, in dem die [Anti-NATO](#)- und [Anti-EU](#)-Stimmung nach wie vor relativ hoch ist, weit verbreitet.

Auf der Demonstration am 21. Februar wurde US-Außenminister Blinken mit Transparenten angeprangert, während Slogans wie „Solidarität ist die Waffe des Volkes“ und „Sie haben Lambrakis und Beloyiannis getötet – die Amerikaner sind die Mörder des Volkes“ durch die Menge hallten. ([Grigoris Lambrakis](#) und [Nikos Beloyiannis](#) waren prominente griechische Linke des zwanzigsten Jahrhunderts, die von Rechtsextremisten getötet bzw. von der griechischen Regierung hingerichtet wurden).

Die Demonstration vom 21. Februar endete an der amerikanischen Botschaft, trotz der Warnungen vor Repressionen durch die stark militarisierte Polizei. Später am Abend kam es im Athener Stadtteil Exarchia zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Demonstranten, wie es nach Großdemonstrationen in der Hauptstadt üblich ist.



Griechische Demonstranten erklären: „Blinken, der Vertreter der amerikanischen Mörder, ist unerwünscht! US-NATO und Russland sollen sich aus der Ukraine heraushalten!“

Die Ende Februar zum Ausdruck gebrachten Stimmungen spiegelten die früheren Proteste in der griechischen Hauptstadt wider.

Jedes Jahr am 17. November gehen die Griechen auf die Straße, um an den historischen Polytechnio-Aufstand von 1973 gegen die damalige Militärjunta des Landes zu erinnern, bei dem anti-imperialistische und Antikriegs-Studentenorganisationen von der US-unterstützten Diktatur zerschlagen wurden und in vielen Fällen verschwanden.

Wie der Aufstand von 1973 haben auch die jährlichen Polytechnio-Demonstrationen einen ausgeprägten Antikriegs-Charakter und führen in der Regel zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei, die die US-Botschaft in Athen bewacht, und den Demonstranten – wobei viele Wehrpflichtige und uniformierte Militärangehörige auf Seiten der Demonstranten kämpfen.

In diesem Jahr bekam die griechische Tradition des 17. November einen neuen Konflikt: den Stellvertreterkrieg der NATO in der Ukraine, den die europäischen Staats- und Regierungschefs anscheinend um mindestens ein weiteres Jahr verlängern wollen.

Als der Polytechnio-Jahrestag 2022 anstand, richteten die Demonstranten ihre Aktion direkt gegen das US-dominierte Militärbündnis. Die Teilnehmer schwenkten Schilder mit der Aufschrift "Η με το NATO ή με την ειρήνη" (Entweder mit der NATO oder mit dem Frieden), während sie an der US-Botschaft in Athen vorbeizogen.



Demonstranten bei der jährlichen Demonstration am 17. November in Athen, Griechenland, zum Gedenken an den historischen Polytechnio-Aufstand von 1973.

Soldaten und Matrosen, die zum Dienst eingezogen wurden, nehmen an der Polytechnio-Demonstration am 17. November teil. Die Geste basiert auf dem Grundsatz, dass eingezogene Soldaten auch in Uniform zivile und politische Rechte haben, und richtet sich gegen den Einsatz des Militärs als Apparat gegen das Volk. Der kurzzeitige Militärdienst ist für alle in Frage kommenden Männer in Griechenland obligatorisch:



### **Griechische Generalstreiks bereiten den Boden für Antikriegsproteste**

Die griechischen Kundgebungen gegen den Stellvertreterkrieg der NATO in der Ukraine haben sich den Schwung der Arbeitsk Kampfmaßnahmen gegen die Lebenshaltungskostenkrise zunutze gemacht. Am 9. November 2022, etwa eine Woche vor der Antikriegs-Kundgebung, riefen die Gewerkschaften zu einem Generalstreik auf und forderten Lohnerhöhungen, ein Verbot von Strom- und Versorgungsunterbrechungen in Privathaushalten sowie die Abschaffung der verbrauchsabhängigen Steuern und der Mehrwertsteuer für Energiequellen.

Sotiris Lapiaris ist Stadtrat im Athener Vorort Chalandri und Mitglied der Volkseinheit, einer abtrünnigen linken Koalition, die nach der [Kapitulation von Syriza](#) vor den internationalen Gläubigern im Jahr 2015 gegründet wurde. Lapiaris erklärte gegenüber *Grayzone*, dass der Streik am 9. November wahrscheinlich der größte in Griechenland seit dem Rettungsreferendum 2015 war, wenn nicht sogar der größte seit den Anti-Austeritätsstreiks 2012. „Es gibt eine weit verbreitete Verzweiflung über die Lebenshaltungskosten und die niedrigen Löhne“, erklärte er.

Lapiaris betonte, dass die derzeitige Energiekrise zwar die materielle Not in Griechenland verschärft habe, die Situation aber symptomatisch für die katastrophalen Beziehungen zwischen Griechenland und der EU sei. „Die Krise der Lebenshaltungskosten in Griechenland ist das Ergebnis von drei verschiedenen ... Dingen“, erklärte er. „Erstens die Memoranden, die die griechische Wirtschaft vor einem Jahrzehnt zerstört haben. Zweitens hat die 2001 ins Leben gerufene Energiebörse [die griechische Energiebörse als Teil des EU-Zielmodells für Strommärkte] die Energiepreise in die Höhe getrieben. Und drittens kamen zu diesen beiden Dingen noch die Sanktionen der EU gegen Russland hinzu. Das ist eine katastrophale Mischung.“

In einem Gespräch mit *Grayzone* kurz vor dem Streik am 9. November hat Nikolas Theodorakis, Mitglied des Sekretariats der Gewerkschaftsfront (All-Workers Militant Front) erklärt, wie die Energiekrise und der Krieg den Lebensstandard in Griechenland verschlechtert haben:

„Der prozentuale Anteil des griechischen Haushalts für militärische Rüstung, insbesondere für die NATO, ist die Nummer eins oder zwei im NATO-Bündnis“, sagte Theodorakis. „Gleichzeitig haben in diesem Winter griechische Schulen keine Heizung und Krankenhäuser keine Ärzte. Wir sagen also, dass es ein klarer Widerspruch ist, wie die EU-Mittel verwendet werden“, erklärte er weiter und verwies auf den [aufgeblähten griechischen Militärhaushalt](#). „Eine unserer grundlegenden Forderungen in diesem Konflikt ist der Haushalt, und dass unsere finanziellen Prioritäten geändert werden müssen, um die Menschen zu schützen und ihnen zu dienen.“

Nikos Chistodoulakis, Mitglied der Kommunistischen Revolutionären Aktionsfront Griechenlands, bemerkte, dass viele der Proteste in ganz Griechenland, einschließlich des Generalstreiks im November, keine substanziellen kriegsbezogenen Forderungen gestellt hätten, sondern sich stattdessen auf wirtschaftliche Erleichterungen und die Gier der Unternehmen konzentriert hätten. Er fügte hinzu, dass viele Linke Angst hätten, Forderungen zu stellen oder Erklärungen abzugeben, die als krenlfreundlich ausgelegt werden könnten. In der Tat beschränkte sich der Streik am 9. November zu einem großen Teil auf wirtschaftliche Forderungen, einschließlich der Forderung nach höheren Löhnen und garantierter Strom- und Heizungsversorgung für den Winter.

„Wenn man den Elefanten im Raum nicht anrührt, nämlich die EU und die Haltung der griechischen Regierung gegenüber Russland und ihre Allianz mit den USA, kann man keine Lohnerhöhungen oder Preisstopps fordern“, stimmt Lapienis zu. „Die Lebenshaltungskostenkrise ist eine offensichtliche Folge dieser ganzen Politik.“

### **Antikriegsproteste sehen sich Polizeigewalt und staatlicher Repression gegen die Meinungsfreiheit ausgesetzt**

Die Demonstrationen gegen die Lebenshaltungskosten und die NATO in Europa werden oft durch Polizeigewalt, [Massenverhaftungen](#) und das Schweigen der Mainstream-Medien unterdrückt. Wie schon bei der Unterdrückung der Proteste gegen die drakonischen Abriegelungen von Covid-19 im Jahr 2020 ging die militarisierte französische Bereitschaftspolizei auch bei den Anti-NATO- und Lebenshaltungskosten-Kundgebungen im Oktober gewaltsam gegen die Demonstranten vor, [unter anderem](#) mit Knüppelschlägen und Tränengas.

Als Reaktion auf die weit verbreiteten Proteste gegen die steigenden Lebenshaltungskosten hat die französische Polizei landesweit Demonstrationen unterdrückt.

Die französischen Arbeitnehmer haben am Wochenende zu einem Generalstreik aufgerufen. [pic.twitter.com/ytFxrVbNnr](https://pic.twitter.com/ytFxrVbNnr)

MintPress News (@MintPressNews) [October 20, 2022](#)

**Während der Massendemonstration am 25. Februar in Berlin setzte die deutsche Polizei 1400 Beamte ein, um die vor kurzem eingeführten Redegesetze durchzusetzen, die öffentliche Unterstützungsbekundungen für Russlands Militäroperation in der Ukraine unter Strafe**

## **stellen und alles verbieten, vom Tragen des St. Georgs-Kreuzes über den Buchstaben „Z“ und „V“ bis hin zur sowjetischen Flagge.**

Laut Reuters mobilisierte die deutsche Polizei 1.400 Beamte, um den Frieden zu wahren und das Verbot von Militäruniformen, russischen und sowjetischen Flaggen, russischen Militärliedern und rechtsextremen Symbolen durchzusetzen. <https://t.co/ZnQ9qBn7IX>

— Max Blumenthal (@MaxBlumenthal) [February 27, 2023](#)

Der deutsche Staat [verfolgt auch Heinrich Bücker](#), einen führenden Berliner Antikriegsaktivisten, weil er die Unterstützung seiner Regierung für neonazistische Regimenter des ukrainischen Militärs wie das Asow-Bataillon kritisiert hat. Bücker wird vom deutschen Staat beschuldigt, Äußerungen getätigt zu haben, die geeignet sind, „das Vertrauen in die Rechtssicherheit zu erschüttern und das geistige Klima in der Bevölkerung aufzuwiegeln“. Da es unwahrscheinlich ist, dass er die 2000 Euro Geldstrafe bezahlen kann, wird er für eine obligatorische 40-tägige Haftstrafe ins Gefängnis gehen.

Wenn die westlichen Medien die Antikriegs-Protestwelle in Europa nicht gänzlich ignoriert haben, schwankte ihre Berichterstattung zwischen abschätzig und verächtlich. Der deutsche Staatssender Deutsche Welle bezeichnete die Demonstration vom 25. Februar in Berlin spöttisch als [naiv](#), während er über kleinere Demonstrationen zur Unterstützung des Krieges durch die ukrainische Diaspora [begeistert berichtete](#). Die *New York Times* ihrerseits erwähnte die europäischen Proteste nur in einer [einzigen allgemeinen Zeile](#), die in einem Artikel über winzige Anti-Putin-Proteste russischer Emigranten versteckt war.

Für diejenigen, die sich vor Ort organisieren, steht zu viel auf dem Spiel, als dass sie sich der staatlichen Repression oder der Dämonisierung durch die Medien beugen könnten. „Wir werden in das finstere Mittelalter zurückversetzt; unsere Führer verlangen, dass wir ohne Strom leben. Wie können Sie das also akzeptieren?“, rief Nikolaos Theodorakis von der griechischen Gewerkschaft ΠΑΜΕ. „Für uns besteht die einzige Alternative zu diesen Bedingungen darin, zu kämpfen, uns zu organisieren und bessere Bedingungen zu fordern.“